

DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern
2. Tagung des 8. Landesparteitages
13. Mai 2023, Parkhotel Rügen, Bergen

Beschluss

Kommunalpolitische Leitlinien für die Kommunalwahlen 2024

Präambel

Wir – mitten in Europa

Kommunalpolitik ist konkret und vielfältig. Sie ist greifbare Politik, weil sie vor der eigenen Haustür zu Veränderungen führt. Wir machen für und mit den Nachbarinnen und Nachbarn Kommunalpolitik. Öffentliche Infrastruktur, u.a. Krankenhäuser, Stadtwerke, die Abfallwirtschaft, gehören in öffentliche Hand! Als LINKE stellen wir auch auf kommunaler Ebene die Frage: Wem gehört unser Dorf, unsere Stadt, unser Kreis?

LINKE Kommunalpolitik nimmt sich der Sorgen der Einwohnerinnen und Einwohner an, ermöglicht ihnen, eigene Ideen umzusetzen, sich direkt zu beteiligen und mitzubestimmen. DIE LINKE hört zu, nimmt die Anliegen ernst, wägt sachlich ab, trifft transparente Entscheidungen und sorgt für deren Umsetzung. Ein demokratisches und solidarisches Miteinander ist für uns dabei Richtschnur des Handelns.

Kommunalpolitik ist ein gesellschaftlicher Gradmesser: Kommunalpolitikerinnen und -politiker spüren oft als erste, was gut läuft, was von den Menschen gewollt und akzeptiert wird. Mögliche Enttäuschung und Wut der Einwohnerinnen und Einwohner über „die Politik“ sowie Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene werden unmittelbar sichtbar. Angestaute Politikverdrossenheit und persönliche Unzufriedenheiten beeinflussen nicht selten das Wahlverhalten auch auf der kommunalen Ebene.

Rechtspopulistinnen und -populisten nutzen diese Stimmung, um Vorurteile zu verfestigen und Ängste zu schüren. Sie betreiben eine rückwärtsgewandte, völkisch-nationale Politik. Sie wollen die Gesellschaft spalten.

DIE LINKE hingegen lädt ein, gemeinsam ein weltoffenes, demokratisches und solidarisches Zusammenleben zu gestalten. Vermeintlich einfache Antworten werden den oft vielschichtigen Problemen nicht gerecht.

Wir zeigen Haltung. Wir lehnen jede Zusammenarbeit mit Rechtspopulistinnen und -populisten sowie Rechtsextremen ab. Wir stehen an der Seite derjenigen, die sich für Demokratie und Toleranz einsetzen, unterstützen aktiv antifaschistische Bündnisse und ermutigen zur Mitarbeit.

Auftrag linker Kommunalpolitik ist es, politische Angebote zu unterbreiten, welche zur Verbesserung der Lebenssituation vor Ort führen. Wir wollen erreichen, dass Einwohnerinnen und Einwohner, Initiativen, Vereine und Verbände mehr Raum erhalten, Prozesse selbst zu gestalten. Kommunalpolitik lebt nicht losgelöst von globalen und nationalen Problemen. Internationale Konflikte, neoliberale Globalisierung, Klimawandel, Krieg, Flucht und Vertreibung – alles wirkt sich auf das Leben der Menschen und das politische Handeln in den Kommunen aus und erfordert konkrete linke Antworten.

Im zusammenwachsenden Europa spielen die Regionen und damit die Kommunen eine deutlich größere Rolle. Das muss in der Kompetenzverteilung zwischen den politischen Ebenen Europa, Bund, Land und Kommune bürgernäher als bisher berücksichtigt werden. Wir streiten für eine Stärkung der Kommunen und ihrer Selbstverwaltung.

Als LINKE bewegen wir uns mit offenen Augen durch die Welt und erkennen, wie sich die sozialen Widersprüche in der Gesellschaft verstärken, die Kluft zwischen Arm und Reich wächst und auch die Benachteiligung ländlicher gegenüber städtischen Regionen zunimmt.

LINKE Kommunalpolitik stellt sich diesen Herausforderungen und lädt zu konstruktiver Problemlösung ein.

Gemeinsam für starke Kommunen

1. Lebenswerte Kommunen für Alt und Jung

Das Durchschnittsalter der Menschen in unserem Land steigt. Wir werden älter. Viele Seniorinnen und Senioren bleiben fit bis ins hohe Alter. Sie wollen sich engagieren und tatkräftig mit ihrer Lebenserfahrung am Alltag teilnehmen.

Zugleich kommt es darauf an, jungen Menschen im Land bestmögliche Perspektiven zu bieten, sie zum Bleiben und Wiederkommen zu ermuntern. Dabei geht es um alle Facetten des Lebens, um Bildungs- und Berufschancen, aber auch um Kultur-, Sport- und Freizeitangebote. Für und mit Kindern und Jugendlichen wollen wir breite Beteiligungsmöglichkeiten ausbauen und erschließen. Sie sollen frei und eigenständig entscheiden, wie und womit sie sich einbringen. Wir wollen die Kommunen so gestalten, dass sie für alle Altersgruppen lebenswert und attraktiv sind.

Mit Blick auf die Bedürfnisse von Seniorinnen und Senioren geht es vor allem um die Verbesserung der Lebensqualität. Dazu gehören ein möglichst langes und eigenverantwortliches Leben im eigenen Zuhause und Möglichkeiten zur aktiven Teilnahme am gesellschaftlichen Leben, auch um Einsamkeit entgegenzuwirken.

DIE LINKE tritt dafür ein, dass auf die Bedürfnisse und Wünsche der Seniorinnen und Senioren eingegangen wird und die sozialen Räume den besonderen Herausforderungen an Wohnen, Freizeitgestaltung und Gesundheitsvorsorge im Alter angepasst werden. Sie initiiert und unterstützt die Arbeit mit seniorenpolitischen Gesamtkonzepten ebenso wie die Umsetzung sinnvoller Einzelmaßnahmen, z.B. Seniorinnen- und Seniorenfrühstück, Begegnungsräume oder Beauftragte für Seniorinnen- und Seniorenangelegenheiten.

Seniorenvertretungen soll es möglich sein, sich kritisch und konstruktiv in die Entwicklung ihrer Kommunen einzubringen und ihre Interessen eigenverantwortlich zu vertreten.

Maßnahmen zur Bildung und Stärkung der digitalen Souveränität für ältere Menschen als eine wichtige Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe unterstützen wir - dies kann durch eine weitere finanzielle Unterstützung der Angebote der Volkshochschulen durch die Kreise/kreisfreien Städte sowie durch Landesmittel gelingen.

Wir setzen uns für eine auskömmliche und kontinuierliche Finanzierung und Qualifizierung der Präventions- und Betreuungsarbeit in der Seniorenberatung und -betreuung ein.

Auch eine gute medizinische Betreuung muss flächendeckend gewährleistet sein. Dazu gehört insbesondere eine wohnortnahe hausärztliche und gut erreichbare fachärztliche Versorgung.

Niederlassungshemmnisse für ärztlichen Nachwuchs im ländlichen Raum müssen beseitigt und die stationäre Versorgung landesweit sichergestellt werden.

Die unterschiedlichen Bedürfnisse der Generationen gilt es gleichermaßen zu berücksichtigen. Nur so entwickeln wir unsere Dörfer und Städte zu Orten, in denen alle gerne leben. Jungen Menschen soll es

möglich sein, ihr Leben selbstbestimmt und selbstbewusst in die Hand zu nehmen. Dazu benötigen sie Lebensräume, die sie gestalten und in denen sie sich entfalten können.

Wir wollen die Arbeit von Jugendbeiräten- und -parlamenten aktiv begleiten und deren Gründung dort unterstützen, wo es sie noch nicht gibt. Weiterhin setzen wir uns für die Stärkung der Jugendkultur ein. Dies umfasst offene Treffs im Sinne der Jugendsozialarbeit sowie die Zusammenarbeit mit privaten Einrichtungen, wie beispielsweise studentischen Treffpunkten und Klubs.

Mobilität muss so sichergestellt werden, dass Menschen aller Altersstufen auch im ländlichen Raum Zugang zum öffentlichen Leben finden können.

Für alle Generationen im Land sind Barrierefreiheit und Mobilität unverzichtbar. Hierbei haben bereits vermeintlich kleine Maßnahmen wie abgesenkte Bordsteine, gute Straßen und Gehwege, Sitzgelegenheiten im öffentlichen Raum, Hörschleifen und leichte Sprache oft große Wirkung.

2. LINKE Kommunalpolitik ist weiblich

Die Hälfte der in Mecklenburg-Vorpommern lebenden Menschen ist weiblich. Aber in Politik und Verwaltung sind Frauen nach wie vor stark unterrepräsentiert. Eva-Maria Kröger (DIE LINKE) ist nicht nur die erste Oberbürgermeisterin in der über 800-jährigen Geschichte der Universitäts- und Hansestadt Rostock, sondern aktuell auch die einzige in Mecklenburg-Vorpommern.

Die Kreistagsmitglieder im Land sind nur zu einem Viertel weiblich. Das sind eindeutig zu wenige! Frauen müssen auch hier gleichberechtigt vertreten sein. Nur so werden sie angemessen repräsentiert.

Dieser beklagenswerte Zustand hat mehrere Ursachen. Offenbar fällt der politische Aufstieg in männlich dominierten Parteistrukturen enorm schwer und es fehlt an Netzwerken für den weiblichen Nachwuchs. Auch parteiinterne Nominierungsprozesse entscheiden maßgeblich über politische Karrieren.

Frauen treffen in der Politik oft auf Vorurteile, denen gesellschaftliche Rollenklischees zugrunde liegen. Sie haben es deshalb ungleich schwerer, sich und ihre Ideen durchzusetzen. Zudem sind auch Sitzungszeiten und -formate abschreckend, wenn Kinderbetreuung, Pflege usw. hauptsächlich von Frauen bewältigt werden. Lange Anfahrtswege in großen Kreisen tun ihr übriges. Hier bedarf es eines grundlegenden gesellschaftlichen Kulturwandels, der es Frauen ermöglicht und sie ermutigt, sich aktiv einzubringen.

Bei der LINKEN können sich Frauen gleichberechtigt beteiligen. Wir haben bei Listenaufstellungen für Wahlen einen Frauenanteil von mindestens 50 Prozent. Wir setzen uns für eine bessere Vereinbarkeit von Mandat, Erwerbs- und Familienarbeit ein. Sitzungszeiten, Mobilität, digitale Formate, Betreuungsangebote, Elternzeitregelungen, Doppelspitzen in Fraktionen sind dabei einige Stichworte. Wir wollen Nachwuchsgewinnung neu denken und Vorbilder sichtbar machen – neue Orte der Begegnung und neue Formate schaffen.

Für uns gehört eine diskriminierungs- und sexismussensible Kultur im politischen Alltagsgeschäft dazu. Deshalb ist es unser Ziel, das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention) auch auf kommunaler Ebene umzusetzen. Sie basiert auf der Anerkennung der Tatsache, dass Gewalt gegen Frauen als geschlechtsspezifische Gewalt strukturellen Charakter hat, sowie der Tatsache, dass Gewalt gegen Frauen einer der entscheidenden sozialen Mechanismen ist, durch den Frauen in eine untergeordnete Position gegenüber Männern gezwungen werden.

Deshalb sind auf kommunaler Ebene die allgemeinen Hilfsdienste sowie Fachberatungsstellen und Frauenhäuser als Bestandteil der Daseinsvorsorge in ausreichender Anzahl vorzuhalten. Hürden für die

Aufnahme von Frauen sind abzubauen (Barrierefreiheit) und die Einrichtungen müssen flächendeckend vorgehalten werden. Die Arbeit mit Tätern als präventive Maßnahme ist auszubauen. Förderrichtlinien, die in Zusammenarbeit mit dem Beratungs- und Hilfenetz erstellt werden, müssen die Finanzierung dauerhaft sichern.

3. Gemeinsam ökologisch und nachhaltig

Auch wenn Klimawandel ein globales Problem ist, erfolgt Klimaschutz zum großen Teil auf lokaler Ebene. Die Klimaschutzziele, insbesondere die Ziele zur Treibhausgasvermeidung und –reduzierung und Anpassung unserer Kommunen an die Folgen des Klimawandels, und die Energiesicherheit als unverzichtbare Beiträge zur Daseinsvorsorge und Zukunftsfähigkeit stehen auch in den Kommunen ganz oben auf der Agenda. Mehr denn je gilt es, beim Verbrauch aller Energieträger einzusparen sowie den Ausbau und die Nutzung von erneuerbaren Energien weiter zu forcieren. Die Energiewende lässt sich nur gemeinsam mit den Einwohnerinnen und Einwohnern erfolgreich umsetzen. Gerade auch die aktuelle Krise infolge des Krieges zwischen Russland und der Ukraine zeigt, wie teuer die Abhängigkeit von vermeintlich günstigen fossilen Energieträgern werden kann. Oberster Anspruch muss es sein, Versorgungssicherheit, stabile und bezahlbare Preise sowie eine konsequente Reduzierung der CO₂-Emissionen in Einklang zu bringen.

Doch allein mit der Energiewende werden die Klimaschutzziele nicht zu erreichen sein. Es bedarf im gleichen Atemzug auch einer Mobilitätswende, die sich vor allem dem Radwegebau und dem Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs zum Ziel setzt. Klimaschutz in Mecklenburg-Vorpommern umfasst den Schutz unserer Natur und unserer Umwelt. Das bedeutet zuvorderst, alles Notwendige für einen funktionsfähigen Landschaftswasserhaushalt zu tun. Am meisten erreichen wir, wenn wir gemeinsam ökologisch denken und nachhaltig handeln.

In jeder größeren Kommune bzw. in jedem Amtsbereich soll ein kommunales Klimaschutzmanagement aufgebaut werden. So können Einsparpotenziale ausgemacht, Klimaschutzmaßnahmen vorgeschlagen sowie Förderungsmöglichkeiten aufgezeigt werden. Das setzt eine personelle Stärkung und einen regen Austausch zwischen den Kommunen voraus. Insbesondere amtsangehörige Kommunen sind auf externen Sachverstand, Unterstützung und Beratung angewiesen.

Um uns unabhängiger von fossiler und teurer Energie zu machen, ist der Ausbau der erneuerbaren Energien alternativlos. Geeignete Dächer kommunaler Gebäude und Möglichkeiten von Überdachungen kommunaler Stellplatzflächen sollten vermehrt genutzt werden, um solare Energie zu erzeugen und diese auch selbst zu verbrauchen.

Möglichkeiten der Erweiterung oder der Errichtung von Fern- und Nahwärmenetzen sind zu prüfen und nutzbar zu machen, die Umstellung auf klimaneutrale Energieträger ist zu forcieren. Auch auf kommunaler Ebene werden Förderprogramme benötigt, welche Privatpersonen als Mieter oder Eigentümer von selbstgenutztem Wohneigentum bei der Anschaffung und Installation von steckerfertigen PV-Anlagen aus europäischer Herstellung mit Zuwendungen unterstützen.

Für mehr Akzeptanz beim Ausbau der Windkraft ist die Teilhabe insbesondere für Kommunen deutlich attraktiver zu gestalten und auszubauen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Beteiligung über das Erneuerbare-Energien-Gesetz des Bundes verpflichtend und über das Bürger- und Gemeindenbeteiligungsgesetz des Landes deutlich einfacher und wirksamer wird. Lebenswerte Kommunen gibt es letztlich nur in intakter Natur und Umwelt.

4. Gemeinsam gut haushalten

Kommunale Selbstverwaltung braucht eine angemessene und aufgabengerechte Finanzausstattung. Diese sichert die Erfüllung der Pflichtaufgaben, gibt Freiräume für die freiwillige Daseinsvorsorge und ermöglicht Entwicklungschancen von Dörfern, Städten und Landkreisen.

Eine verbesserte Finanzausstattung wurde erreicht. Aber viele Kommunen sind nach wie vor chronisch unterfinanziert. Daher tritt DIE LINKE weiter für eine umfassende Gemeindefinanzreform ein.

Wir bleiben dabei, dass wir zur Verbesserung der öffentlichen Haushalte kein Tafelsilber verkaufen. Der Erhalt kommunalen Eigentums ist ein wichtiges Ziel. Es gilt deshalb fortlaufend die Möglichkeiten zur Rekommunalisierung von Eigentum zu prüfen, seien es Krankenhäuser, die Schülerversorgung, die Abfallentsorgung oder Wasserversorgung und vieles mehr.

Die öffentlichen Daseinsvorsorge, die sozial, ökologisch nachhaltig und inklusiv sein muss, gilt es weiter zu stärken. Erforderlich sind eine flächendeckende Versorgungssicherheit, Qualität in den angebotenen Leistungen, angemessene Gebühren, gute Löhne und soziale Arbeitsbedingungen. Diese hohen Ansprüche kann der freie Markt oft nicht leisten, müssen aber vor Profitmaximierung stehen!

Der Investitions- und Sanierungsstau in der kommunalen Infrastruktur ist allorts spürbar, kommunale Schulden wachsen weiter.

LINKE Kommunalpolitik fordert deshalb, dass die kommunale Infrastrukturpauschale mit mindestens 100 Mio. Euro jährlich zu verstetigen ist. Sie sichert so auch notwendige Eigenmittel, um Förderprogramme nutzen zu können.

Es ist auch die Verantwortung des Landes und des Bundes, dass sich Kommunen nachhaltig entschulden können. Bei der Übertragung von Aufgaben auf die kommunale Familie ist das Prinzip „Wer bestellt, bezahlt!“ (Konnexität) konsequent umzusetzen. Zentrale Orte und ländliche Gestaltungsräume müssen gestärkt werden.

LINKE Kommunalpolitik setzt sich dafür ein, durch interkommunale Zusammenarbeit den Service für Bürgerinnen und Bürger zu verbessern, Ressourcen zu bündeln, das E-Government verstärkt zu nutzen und regionale Kreisläufe zu unterstützen.

Wir wollen kommunale Verwaltungen personell und materiell gut ausstatten, Aus- und Fortbildung verbessern sowie Bürokratie abbauen.

Verwaltung ist kein Selbstzweck, sie dient zuallererst den Menschen vor Ort. Deshalb ist es wichtig, Verwaltungsabläufe an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger auszurichten. Wir wollen die Verwaltung zu einem attraktiven Service ausbauen, der gut erreichbar ist sowie transparent und verständlich arbeitet. Ein weiteres Ausdünnen von Serviceleistungen in der Fläche darf es nicht geben. Im Gegenteil, es gilt, den Service für Bürgerinnen und Bürger wieder auf- und auszubauen. Digitale Antragsverfahren und andere Online-Dienste müssen grundsätzlich möglich sein. Der Ausbau dieser Möglichkeiten darf jedoch nicht zulasten analoger Verfahren und Angebote gehen, die weiterhin vorgehalten werden müssen.

Bearbeitungszeiten sind zu beschleunigen. Das gilt für interne Verwaltungsaufgaben, die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger und die der Wirtschaft. Auch hier erwarten wir positive Effekte durch die Digitalisierung. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind entsprechend zu schulen, die Ämter personell gut auszustatten, um alle Aufgaben in hoher Qualität erledigen können. Unterbesetzungen in Ämtern führen zu einem Teufelskreis aus Überarbeitung, Krankheitsausfällen und weiterer Überarbeitung. Gerade vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels müssen Kommunen attraktive Arbeitgeber sein. Schon heute können Kommunen ausgeschriebene Stellen nur schwerlich oder gar nicht besetzen. Diesen Trend gilt es umzukehren. Davon profitieren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen.

Ziel ist ein nachvollziehbares und verständliches Verwaltungshandeln, das es auch Laien ermöglicht, Verwaltungsschreiben und Antragsformulare zu durchdringen und eigenständig auszufüllen. Darüber hinaus müssen Verantwortungsträgerinnen und -träger wichtige Entscheidungen deutlich früher und offensiver kommunizieren.

Erstrebenswert ist aus Sicht der LINKEN eine stärkere Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung. Beteiligungsverfahren sind zwar aufwändig, führen aber zu einer höheren Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger. Markantes Beispiel für direkte Beteiligung ist die Schaffung von Bürgerinnen und Bürgerhaushalten. So kann der Kernbereich kommunalpolitischer Entscheidungsprozesse – die Haushaltspolitik – für die gesellschaftliche Teilhabe erschlossen werden.